

INFOPERU70

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 70 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Eingesperrt mit dem Gewalttäter \(Nicole Maron\)](#)
3. [Coronavirus: Ist Loreto über dem Berg? \(David Fuchs\)](#)
4. [Notstand in der Selva \(Trudi und Heinz Schulze\)](#)
5. [Fotogalerie: Lima in Quarantäne \(Luisenrique Becerra\)](#)
6. [Zeugnisse aus der Corona-Quarantäne II](#)
7. [Zu welcher Normalität wollen wir zurück? \(Annette Brox & Glatzer Tuesta\)](#)
8. [Warum ist Cajamarca arm? \(Mirtha Vasquez & Silvia Bodemer\)](#)
9. [Las Bambas: Gericht gibt Demonstranten recht? \(César Bazán Seminario\)](#)
10. [Kurz gemeldet](#)
11. [Coronakrise: aktueller Stand der Spendenaufrufe](#)
12. [Veranstaltungshinweis](#)

1. Editorial InfoPeru No 70 - Zur Covid-19-Lage in Peru

Liebe Leserinnen und Leser,

Peru hat es in diesen Wochen zu trauriger Berühmtheit gebracht: in der Liste der Länder mit den meisten Covid-19-Fällen rangiert Peru mit fast 241 000 Infizierten [inzwischen auf Platz 7, direkt hinter Spanien](#), und vor Italien. Auch wenn man berücksichtigt, dass die Fallzahlen in Peru erstaunlich hoch sind, weil die per Schnelltest Diagnostizierten ebenfalls mitgezählt werden (in den meisten Ländern werden nur molekulare Tests in der Statistik berücksichtigt), so zeigt die Todeszahl mit inzwischen 200 Covid19-Toten auf 1 Million Einwohner sehr deutlich, dass Peru, neben Brasilien, zu dem am meisten betroffenen Land in Südamerika geworden ist. Dabei ist die Zahl der an Covid 19 Verstorbenen wahrscheinlich sehr viel höher, da hier nur die Toten gezählt werden, die vorher positiv getestet worden waren.

Über die Gründe, warum gerade Peru – trotz frühzeitiger Befolgung aller Quarantänemassnahmen – so viele Infizierte hat, haben wir schon in früheren Beiträgen berichtet: ein sehr hoher Anteil an informell Arbeitenden, die von den Tageseinnahmen leben und nicht registriert sind und nicht monatelang zu Hause bleiben können; mangelnde und unzureichende Verzeichnisse der Hilfsbedürftigen haben die Zahlungen der staatlichen Hilfen sehr erschwert; späte Intervention der beliebten offenen Märkte und Bankfilialen, die zu Ansteckungsorten wurden. Die rund 20 000 Peruaner, die aus Lima zurück in ihre Heimatdörfer und -städte flüchteten, z.T. zu Fuss. Diese sozialen und wirtschaftlichen Missstände Perus stossen auf ein überaus prekäres, unterfinanziertes und fragmentiertes Gesundheitssystem, das sich seit Monaten am Rande des Kollapses entlang hangelt. In einigen Städten im Amazonasgebiet, an der nordperuanischen Küste und jetzt in Arequipa sind die Krankenhäuser bereits kollabiert.

Die Pandemie zeigt die grosse Ungleichheit im Zugang zu Ressourcen auf und macht offensichtlich, dass die bisherige Wirtschaftsstrategie – striktes Einhalten der volkswirtschaftlichen Kennziffern bei gleichzeitiger maximaler Marktöffnung und Abbau des Staates – nicht funktioniert, wenn es darum geht, eine Pandemie in Griff zu bekommen. Hier rächt sich, dass Peru in den letzten Jahrzehnten des Rohstoffbooms nicht mehr in ein universales Gesundheitssystem und in die Stärkung staatlicher Strukturen investiert hat.

Nach nun drei Monaten Notstand mit de facto-Quarantäne (man darf inzwischen zum Einkaufen und Sport machen raus), ist bei den meisten Peruanerinnen und Peruaner die „Luft raus“. Sie können oder wollen nicht mehr zu Hause bleiben. Polizei und Militär – die selber viele Covid19-Fälle in ihren Reihen haben – kontrollieren nur noch sporadisch. Dies alles hat dazu geführt, dass die Fall- und Todeszahlen bisher nicht runtergehen, trotz aller „Plateaus“, die Präsident Vizcarra in seinen Pressekonferenzen beschwört.

Wenn man Epidemiologen fragt, würden die gerne die Quarantäne auch über den 30. Juni hinaus verlängern. Aber die Wirtschaft macht das nicht mehr mit. Seit Juni werden deswegen sukzessive

Geschäfte wieder aufgemacht, Einkaufszentren und Bergwerke arbeiten bereits wieder. Nach und nach sollen auch Reisen innerhalb Perus wieder möglich werden. Wann die Grenzen aufgemacht werden, weiss noch niemand. Was die dreimonatige Quarantäne für Perus Wirtschaft bedeutet hat, wird sich erst zeigen. Perus Finanzministerin hat informiert, dass 2 Millionen Arbeitsplätze durch die Pandemie verlorengegangen seien.

Die peruanische Regierung hat bei der Coronavirus-Bekämpfung sicher Fehler gemacht – andererseits versucht sie, der Pandemie so gut es geht, Herr zu werden. Aber angesichts der vielfältigen (geerbten) Schwächen des peruanischen Staates, gelingt dies nicht immer.

Nach drei Monaten Quarantäne scheint Peru nun auf die wirtschaftliche Öffnung zu setzen – obwohl die Fallzahlen noch nicht zurückgehen. Hoffen wir, dass sich dadurch das Virus nicht noch weiter ausbreiten wird.

Hildegard Willer

2. Eingesperrt mit dem Gewalttäter

Die landesweite Quarantäne hat die Zahl der Fälle von Gewalt gegen Frauen erhöht. Dabei ist es für Betroffene noch komplizierter geworden, Hilfe zu suchen oder Anzeige zu erstatten.

Einer der so genannten Kollateralschäden der Coronakrise ist der Anstieg der häuslichen Gewalt. Um sich gegen Covid-19 zu schützen, ist die eigene Wohnung der sicherste Ort der Welt. Doch für Frauen, Kinder und Jugendliche, die mit einem gewalttätigen Partner oder Verwandten zusammenleben, verwandelt sich dieser Ort in einen der dunkelsten und gefährlichsten überhaupt – zu einem Gefängnis, dem sie nicht entfliehen können. Die UNO-Frauenrechtskommission warnt, dass in Notsituationen und Ausnahmeständen das Risiko von häuslicher Gewalt weltweit ansteigt. In Peru, wo wir seit drei Monaten das Haus nur verlassen dürfen, um das Notwendigste zu erledigen, ist die Situation diesbezüglich besonders prekär.

Laut der Beobachtungsstelle der Generalstaatsanwaltschaft (Observatorio del Ministerio Público) wurden allein in den ersten fünf Quarantänewochen 3060 Personen wegen häuslicher Gewalt und 285 Personen wegen sexueller Gewalt festgenommen. Die Ministerin für Frauen und verletzte Bevölkerungsgruppen (MIMP), Gloria Montenegro, gab bekannt, dass zwischen dem 16. März und dem 10. Mai fast 28'000 Anrufe wegen häuslicher Gewalt auf der Notfallnummer 100 eingegangen sind. Dies sind knapp 40 Prozent mehr als in der selben Zeitspanne im Vorjahr.

Doch die Dunkelziffern dürften noch einiges höher sein. Unter anderem aufgrund der limitierten Transportmöglichkeiten und weil die Büros vieler öffentlicher Institutionen geschlossen bleiben, ist es für betroffene Frauen in Peru zurzeit sehr schwierig, Hilfe zu suchen, Anzeige zu erstatten oder

gar von zu Hause auszuziehen. Das Notfallzentrum für Frauen (Centro de Emergencia Mujer CEM) im Distrikt Chucuito (Puno) bestätigt diese Vermutung ebenfalls: Auf Anfrage hiess es, in den ersten neun Wochen des Jahres seien 49 Anzeigen wegen häuslicher Gewalt eingegangen, in den ersten neun Quarantänewochen jedoch nur 8 – und keine einzige aus einem weiter entfernt liegenden Gebiet.



Foto: Yda Ponce

Die Opfer werden nicht angemessen betreut

Angesichts dieser Situation haben die Behörden sowohl auf staatlicher als auch auf regionaler Ebene ihre Kapazitäten aufgestockt, unter anderem wurde mehr Personal zur Verfügung gestellt, um die Notfallnummern zu betreuen. Aber in Wirklichkeit können die Opfer nicht immer angemessen unterstützt werden.

Die Anthropologin Yuly del Pilar Quispe Cusacani, feministische Aktivistin sowie Gründerin und Präsidentin des Frauenkollektivs Awqa Warmi in Puno und Mitglied verschiedener Netzwerke, die sich im Bereich häuslicher Gewalt engagieren, sagt: «Die Notfallzentren und die öffentlichen Instanzen haben oft nicht genügend Anwältinnen und Psychologinnen, um die Fälle angemessen zu betreuen, auch sind sie nicht immer optimal dazu ausgebildet.» Yuly del Pilar selbst hat verschiedene Frauen, die sich an Awqa Warmi gewandt haben, dabei unterstützt, professionelle juristische Hilfe zu bekommen, und dafür sehr viel Ausdauer gebraucht. «Wenn es sogar für mich so schwierig ist, die ich in der Stadt wohne und Kontakte zu den entsprechenden Behörden habe, kann man sich vorstellen, wie unmöglich es für Frauen aus dem ländlichen Gebiet ist, die oft nicht einmal ein Handy haben. Das finde ich sehr besorgniserregend.»

Nur telefonische Beratung ist möglich

Aber Personalengpässe sind nicht das einzige Problem. Die zuständigen Instanzen bieten von Gewalt betroffenen Frauen juristische Unterstützung an, unter anderem indem sie Fälle, die vor Gericht kommen, begleiten, damit diese nicht im Sande verlaufen, oder auch die Kosten für eine/n Verteidiger/in übernehmen. Auf Grund der Pandemie läuft nun jedoch alles telefonisch ab, weshalb sich viele Opfer mehr denn je mit der Situation alleingelassen fühlen. «Man muss bedenken, dass Frauen in einer solchen Situation sehr verletzlich sind, und dass eine persönliche und individuelle Betreuung grundlegend ist. Dies ist ein grundsätzliches Problem, das durch die Quarantäne noch verschärft wurde», sagt Yuly del Pilar. Sie bemängelt ausserdem, dass oft nicht in Betracht gezogen wird, dass Peru ein sehr vielfältiges Land ist. «Die Vorgehensweise wird nicht den jeweiligen regionalen und kulturellen Eigenheiten angepasst, sondern es werden einfach Standardverfahren angewandt.» Wenn es sich um einen schweren Fall handelt, kann die Staatsanwaltschaft auch veranlassen, dass die Opfer in einem Frauenhaus aufgenommen werden. Solche Institutionen gibt es allerdings nicht überall in Peru. In Puno zum Beispiel wurde während der Quarantäne eine Art Notfallunterkunft im Busterminal eingerichtet, wo betroffene Frauen, Kinder und Jugendliche unterkommen können.



Edith Calisaya Callamollo sprach anlässlich des Frauentags 2020 in Desaguadero vor einem Podium, in dem ausschliesslich Männer sassen. Foto: Nicole Maron

Die peruanische Gesetzgebung enthält verschiedene Schutzartikel im Zusammenhang mit Gewalt gegen Frauen, zum Beispiel das «Gesetz 30314 für Prävention und Bestrafung von sexueller Belästigung in der Öffentlichkeit» (Ley 30314 para prevenir y sancionar el acoso sexual en espacios público), das «Gesetz 27942 für Prävention und Bestrafung von sexuellen Übergriffen» (Ley 27942 de Prevención y Sanción del Hostigamiento Sexual) oder das «Gesetz 30364 für

Prävention, Bestrafung und Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und innerhalb von Familien» (Ley 30364 para prevenir, sancionar y erradicar la violencia contra las mujeres y los integrantes del grupo familiar).

Dennoch sehen viele Frauen davon ab, Anzeige zu erstatten – laut der nationalen Beobachtungsstelle für Gewalt gegen Frauen (Observatorio Nacional de la Violencia contra las Mujeres) gelangen nur 30 Prozent der betroffenen Frauen an Institutionen oder Behörden, um Hilfe zu suchen. Dies hängt unter anderem mit schlechten Erfahrungen zusammen, beispielsweise berichten viele Frauen, dass sie in den örtlichen Polizeirevieren herablassend und ablehnend behandelt wurden: «Die Polizisten hinterfragen die Frauen, verunglimpfen sie und sagen, sie seien wahrscheinlich selbst Schuld, dass sie geschlagen wurden, da sie den häuslichen Pflichten nicht nachgekommen seien», sagt Yuly del Pilar. «Das muss man sich einmal vorstellen – man entflieht einer gewalttätigen Situation, um dann von der Polizei wieder schlecht behandelt zu werden.» Dasselbe haben uns im März dieses Jahres auch diverse Frauen an einer Veranstaltung anlässlich des Frauentages in Desaguadero erzählt. Edith Calisaya Callamollo, Präsidentin der Aymara-Frauenorganisation OMABASI (Organización de Mujeres Aymaras Bartolina Sisa), klagte damals öffentlich die anwesenden Beamten an: «Wir werden von den Behörden diskriminiert, und uns wird ins Gesicht gesagt, wir sollen still sein. Das muss aufhören, und den Frauentag feiern wir erst, wenn es keinerlei Diskriminierung mehr gibt. Dann, ja – dann machen wir ein grosses Fest.»

«Wir setzen unser Leben aufs Spiel, um das unserer Schwestern zu verteidigen»

Kollektive wie Awqa Warmi oder Ni una menos bemühen sich, auf lokaler Ebene möglichst vielen Frauen zu helfen. Doch da es sich um freiwilliges Engagement handelt, stehen den Aktivistinnen keinerlei finanzielle Ressourcen zur Verfügung. «Wir machen das alles nebst unserem Studium oder unserer Arbeit», sagt Yuly de Pilar. «Wenn wir ein bisschen Geld hätten, könnten wir weiss was nicht alles erreichen! Dennoch versuchen wir, so vielen Frauen wie möglich zu helfen vor allem, die Fälle öffentlich zu machen. Dies ist die einzige Möglichkeit, um Druck auf die Behörden auszuüben.»

Aber alles hat seinen Preis, und ihr Engagement kann für Frauen wie Yuly gefährlich werden: «Weil ich mehrere Fälle von Mobbing begleitet habe, unter anderem im Kulturministerium von Puno (Dirección Desconcentrada del Ministerio de Cultura), bekam ich Drohbriefe, und man wollte mich wegen Verleumdung anzeigen. In einem anderen Fall wurde ich per WhatsApp bedroht und beschimpft, und am 3. Dezember letzten Jahres wurde ich auf der Strasse überfallen und ausgeraubt. Man hat all meine persönlichen Dokumente, Notizen sowie mein Handy geklaut. Es war ein sehr seltsamer Überfall, und ich vermute, dass man mich damit diffamieren und auch an vertrauliche Informationen oder Kontakte von Opfern herankommen wollte. Einige der Konversationen auf meinem Handy wurden an die Medien weitergegeben. Aufgrund solcher

Vorfälle hören viele Aktivistinnen auf, sich für Gewaltopfer einzusetzen, denn wir setzen effektiv unser eigenes Leben aufs Spiel, um das unserer Schwestern zu verteidigen.»

Nicole Maron

Nicole Maron ist Journalistin und Fachperson von Comundo bei der NRO Ideca in Puno. Sie betreibt auch einen lesenswerten Blog www.maron.ch

3. Coronavirus: Ist Loreto über dem Berg?

Über 16.600 Corona-Fälle und 661 Tote vermeldete das [Amazonische Zentrum für Anthropologie und praktische Anwendung \(CAAAP\)](#) am 6. Juni im Amazonasgebiet Perus. Am stärksten betroffen ist die Region Loreto mit 6349 bestätigten Fällen und 371 Toten (1019 Verdachtsfälle). Besonders betroffen sind die indigenen Völker. Nun hat der Staat endlich Hilfe versprochen.

In den regionalen Hauptstadt Iquitos sind die Spitäler und Friedhöfe kollabiert. Viele Menschen sterben zuhause, da die Spitäler weder über Sauerstoffflaschen mit ihren notwendigen Utensilien noch freie Betten verfügen. Vielerorts gibt es keine Medikamente zur Behandlung von Corona und falls vorhanden, sind sie kaum bezahlbar. Die Preise sind massiv gestiegen. Zudem fehlt es an Schutzkleidung und Personal. Dabei war das Gesundheitswesen schon vor der Pandemie aufgrund vieler Fälle von Dengue-Fieber überlastet.

Das Risiko für die Dorfgemeinschaften

Besonders trifft das Virus die indigenen Völker. Die Regionalen Gesundheitsbehörden meldeten am 4. Juni 684 Indigene, die mit dem Corona-Virus im Amazonasgebiet infiziert sind. Davon 288 in Loreto. Die tatsächlichen Zahlen dürften gemäss Angaben von Indigenenführern jedoch deutlich höher sein. Viele Mitglieder indigener Gemeinden weisen Symptome auf und es wird wenig getestet. In den Flussregionen fernab der Städte, wo sich viele indigene Gemeinden befinden, haben dem Virus am allerwenigsten entgegenzusetzen. Dort ist die Ausbreitung des Virus besonders besorgniserregend. Es gibt nur wenige Gesundheitszentren oder Apotheken mit Medikamenten. Aufgrund des Lebensstils der Menschen – im Allgemeinen sind die Gemeinschaften große Familien, in denen alles geteilt wird- schreitet die Krankheit sehr schnell voran. Es gibt Amazonas-Gemeinschaften, die erst nach mehreren Tagen erreicht werden können. Zuerst mit dem Flugzeug, später mit dem Landtransport und dann mit dem Flussboot. Selbst Iquitos ist von Lima aus nicht auf dem Landweg erreichbar. Doch selbst diejenigen Indigenen, die näher bei einer Stadt mit einem Krankenhaus leben, bevorzugen es, in ihren Gemeinden zu bleiben. Dort fühlen sie sich sicherer und versuchen sich mit Medizinpflanzen zu pflegen.

Luis Pérez Rubio, Präsident der Regionalorganisation der indigenen Völker des Ostens (Orpio), weist darauf hin, dass viele Indigene, die in Iquitos und anderen Städten gestrandet waren, getrieben vom Hunger und ohne medizinische Kontrolle in ihre Gemeinden zurückkehrten und andere angesteckt hätten. Und nun fehle es an einer schnellen medizinischen Versorgung. Der Indigenenführer fordert eine Verbesserung der logistischen Kapazitäten, um Hilfe in die Grenzgemeinden zu bringen. So sollte man Luftbrücken von Iquitos in abgelegene Gebiete errichten. «Dort scheint es, als hätte die Pandemie gerade erst begonnen», warnt er gegenüber der Tageszeitung «El Comercio».



Foto: Ginebra Peña Gimeno/CAAAP

Staatshilfe kommt schleppend in Gang

Das Virus ist schneller unterwegs als die Hilfe des Staates. Letzterer hat es in den ersten Wochen der Pandemie versäumt, einen adäquaten umfassenden Interventionsplan zu erarbeiten. Erst am 21. Mai wurde ein Massnahmeplan verabschiedet, währenddessen sich das Virus längst ausbreitet hat. In allen Regionen des peruanischen Amazonasgebiet protestierten Indigenen-Verbände in den vergangenen Wochen gegen die ausbleibende staatliche Hilfe, um ihre Gemeinschaften vor dem Virus zu schützen und die Erkrankten angemessen behandeln zu können. Sie fordern, dass das peruanische Gesundheitsministerium eine kulturell angepasste Behandlung für die Corona-Kranken garantiert. Ausserdem kritisierten sie, dass die ansässigen Erdöl- und Palmölfirmer trotz allgemeinem Lockdown ihren Betrieb wieder aufgenommen haben.

Ein indigenes Covid-19-Kommando

Nach viel Druck gelang es den indigenen Organisationen von Loreto am 8. Juni in Iquitos mit Gesundheitsminister Victor Zamora und Kulturminister Alejandro Neyra zu treffen, um einen

vom Gesundheitsministerium ausgearbeiteten Aktionsplan zugunsten der indigenen und ländlichen Gemeinden der Region zu besprechen. Der vom Gesundheitsminister vorgeschlagene Plan wurde von den Vertretern der Indigenenorganisationen abgelehnt, da er sich auf Präventionsmassnahmen anstatt auf Sofortmassnahmen fokussiert hätte. Zudem kritisierten sie, dass das Hilfsbudget von 29 Millionen Soles (ca. 8 Millionen Euro) gemessen an grösse der unterstützungsbedürftigen indigenen Bevölkerung viel zu tief sei. Dringend benötigt werden Medikamente, mehr medizinisches Personal und die Ausbildung von Gesundheitspromotoren.

Schliesslich akzeptierte der Staat, dass die Strategie in diese Richtung gehen sollte. Zur Stärkung der primären Gesundheitsversorgung wurde das erste indigene «Comando Covid-19» gebildet, indem die Ministerien für Gesundheit und Kultur, die Regionalregierung von Loreto sowie Vertreter von indigenen Gemeinschaften der Achuar, Asháninka, Awajún, Kandozi, Machiguenga, Shipibo, Urarina, Wampis, Yanasha und anderen angehören. Diese Taskforce wird für die Koordination und die Kontrolle der Hilfsmassnahmen zuständig sein.

Während der Staat zögerlich handelt, reagierte stattdessen die katholische Kirche vor Ort mit ihren bescheidenen Möglichkeiten. Wie die vom Vikariat von Iquitos geförderte Solidaritätssammlung für den Kauf einer Sauerstoffanlage und von Medikamenten gezeigt hat, ist die Kirche die Institution, die das meiste Vertrauen in der Bevölkerung erzeugt. Es sind Missionare, welche die Bedürfnisse der Bewohner der abgelegenen Flussregionen am besten verstehen.



Treffen des Gesundheitsministers mit Indigenen-Verbänden in Iquitos; Foto: Gobierno del Peru

Ein Funken Hoffnung

In der Stadt Iquitos könnte sich die Situation gemäss Luis Runciman langsam entschärfen. Der Dekan der Medizinischen Hochschule von Loreto meint aufgrund seiner Beobachtungen in den Krankenhäusern von Iquitos, dass die Region das grösste Stadium der Pandemie überschritten

und das Plateau der Ansteckung erreicht hat:«Die hohe Zahl der Todesfälle ist seit der letzten Maiwoche gestoppt worden. Es gibt weniger Todesfälle als in den beiden Vormonaten. Man muss auch bedenken, dass viele Menschen nicht ins Krankenhaus gehen; sie ziehen es vor, zu Hause behandelt zu werden», [erklärte er in der peruanischen Tageszeitung «El Comercio»](#). In den abgelegeneren Gegenden Loretos ist der Höhepunkt der Pandemie möglicherweise noch nicht erreicht.

David Fuchs

David Fuchs ist Comundo-Fachperson im Einsatz beim CAAAP (Amazonisches Zentrum für Anthropologie und praktische Anwendung)

Quellen: CAAAP, El Comercio

4. Notstand in der Selva

Vom Versagen des Staats in der Pandemie und einigen Lehren daraus.

Die WHO bezeichnet inzwischen Lateinamerika als weltweites Epizentrum der Corona-Pandemie. In Peru ist offiziell am 1.6.20 von mehr als 170.000 Infizierten und 4.634 Toten die Rede. Auch im amazonischen Regenwald nimmt die Zahl der Erkrankten und Toten zu, in Loreto herrschen katastrophale Zustände. Offizielle Zahlenangaben zeigen offenbar nur die Spitze des Eisbergs.

Angesichts der sich zuspitzenden Lage meldeten sich lokale und regionale indigene Organisationen zu Wort, so auch ein Dachverband der indigenen Organisationen in Peru, AIDSESP, der einen umfassenden Forderungskatalog vorlegte und beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen und dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (Costa Rica) eine Beschwerde gegen die peruanische Regierung wegen Untätigkeit angesichts der Seuche einreichte. Es werde unterlassen die indigene Bevölkerung zu schützen und dafür ein möglicher Ethnozid in Kauf genommen. Der Vorwurf wurde als berechtigt anerkannt.

Aber auch Maßnahmen von Regierung und anderen erwiesen sich als untauglich oder unzulänglich im Kontext der Lebensrealitäten im Regenwald.

Menschen vom Volk der Tikuna steckten sich an, als sie in die Stadt fuhren, um dort auf der Bank das staatliche Überbrückungsgeld abzuholen. Gerade auf den Märkten und in den Banken infizierten sich die Menschen. Ein anderes Beispiel: Die Maßgabe, sich häufig die Hände mit Seife zu waschen, stellte die 388 Familien in Cunico vor schier unlösbare Aufgaben. Ihr Wasser aus Fluss und Bächen ist durch eine defekte Erdölleitung verseucht, sie sammeln Regenwasser in Eimern – für alles.

Drängende Forderungen

Der Indigenen-Dachverband AIDSESEP fordert seit Wochen von der peruanischen Regierung

- die indigenen Siedlungen und Territorien von der Außenwelt zu isolieren, dazu auch die wirtschaftlichen extraktiven Aktivitäten einzustellen, und die Durchführung durch Polizei- und Militärposten an Straßen und Flüssen zu gewährleisten,
- in allen indigenen Sprachen verständlich und umfassend über das Coronavirus, die Krankheit, Hygiene- und Präventionsmaßnahmen zu informieren,
- den Schulunterricht im Regenwald in angemessener Form stattfinden zu lassen,
- staatliche Hilfe vorrangig in Form von Lebensmitteln und Produkten des täglichen Bedarfs zu leisten,
- diese Produkte in ausreichender Menge und in enger Absprache mit den Dorfchefs unter strikter Befolgung der Gesundheitsvorgaben am Dorfkontrollpunkt abzuliefern.



Schlange stehen in Yarínacochoa/Pucallpa. Foto: Teresa Soria Gonzales

Corona und Korruption

Angesichts zahlreicher Beispiele von Korruption auch in Zeiten von Corona in Peru fordert die Bürgerinitiative *Gruppe Transparenz gegen Korruption (GTCC)* in einem Offenen Brief dringend Transparenz auf allen Ebenen:

- Über Öffentliche Mittel und Zuwendungen muss klar, verständlich, und transparent informiert werden. Dies gilt für die Regierung wie für die Gemeinden.
- Indigene Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und internationale Unterstützerguppen sollen die Vorschriften der Regierungsverordnung Nr. 33-2020 strikt überwachen: dass Geldeingänge ordentlich verbucht und die Ausgaben durch Unterschriften (oder Fingerabdruck) der Begünstigten belegt werden.

Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott

Corona droht jetzt und wartet nicht, bis eine Regierung handlungsfähig ist. Die indigene Bevölkerung muss, so gut sie kann, sich selbst helfen. In der Provinz Satipo (zentraler Regenwald) beispielsweise trafen sich im Mai 2020 Vertreter*innen von 20 indigenen Dorfgemeinschaften der Asháninka und Nomatsiguenga mit dem für sie in der Gemeinde Mazamari zuständigen Koordinator. Außer Forderungen an die Behörden und die Politik aller Ebenen vereinbarten sie auf Landkreisebene:

- Ein Sonderfonds für die Dorfgemeinschaften wird aufgelegt. Die indigenen Dorfgemeinschaften wählen seine Leitung. Ebenso wählen sie ihre Vertreter*innen für das zu bildende Komitee *Kampf gegen Covid 19* der Provinz.
- Ein Programm zum Nahrungsmittelanbau wird sofort gestartet.
- Zur Einhaltung der Hygiene- und Gesundheitsvorschriften nehmen ausschließlich indigene Kontrollposten Hilfslieferungen von außen entgegen.
- Die (staatlichen) Mittel für (internationale) Programme (z.B. der Drogenbekämpfung) müssen in direkter Planung mit den indigenen Organisationen durchgeführt werden.
- Die internationale Kooperation hat sich an Auflagen der zuständigen indigenen Organisation zu halten (Föderationen, Dorfkomitees).
- Gespräche / Verhandlungen von Delegierten mit offiziellen Stellen und Finanzgebern werden im Vorfeld mit den eigenen Leuten vorbereitet: Inhalt, eigene Forderungen, Vorschläge. Das Treffen wird dokumentiert und Ergebnisse oder Zusagen werden vom entsprechenden Partner schriftlich bestätigt.
- Grundlagen für Eingaben etc. sind jeweils die Rechte Indigener, wie z.B. die Antidiskriminierungsgesetze in Peru, die ILO-Konvention 169, die UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker.

Der Bürgermeister griff die Forderungen auf und verfügte insbesondere den indigenen Dorfgemeinschaften würdevoll zu helfen und Hilfsleistungen nur von nicht Infizierten – als Zeichen gilt eine weiße Fahne – an die Kontrollposten zu liefern.

Selbstbewusste Wampi und Awajún

Die Wampi in der nördlichen Region Amazonas sind gut organisiert; sie haben den Status einer regionalen, autonomen Regierung errungen. Sie können gelegentlich auf Augenhöhe mit staatlichen Stellen Vereinbarungen treffen. Beispielsweise erhielten sie die Zusage, dass ihre außerhalb festsetzenden Studierenden nach Aufhebung der Coronamaßnahmen zurück in ihre Region gebracht werden. Bis dahin erhalten sie auf Kosten der Wampi Lebensmittel. Mit dem Militär ist vertraglich vereinbart, dass es den eigenen Wachen hilft, Auswärtige – das gilt besonders auch für illegale Goldgräber und Holzfäller – derzeit vom Wampi-Territorium fern zu halten, und dass das Militär den Wampi-Wachen Lebensmittel und Diesel zur Verfügung stellt. Mit den lokalen Schulbehörden vereinbarten die Wampi, dass Lehrer*innen trotz Corona weiterhin in den Dörfern bleiben und unterrichten könnten, sofern sie dies wollten. Allerdings funkte das Erziehungsministerium dazwischen und schickte (landesweit) alle Lehrer*innen an ihre Ursprungsorte zurück. Nun unterrichten, im Freien, nur die wenigen Lehrer*innen, die Wampi sind. Sie nutzen die Zeit und holen kundige Wampi dazu, die den Schüler*innen traditionelles Wissen von Pflanzenkunde, Medizin, Geschichte, etc. vermitteln. Und sie fordern, dass in diesen Fächern geprüft und damit das Schuljahr gerettet wird.

Der Kampf gegen das neue Virus ist auch für die Wampi und Awajún nicht einfach: Die Tochterfirma des staatlichen Erdölunternehmens Petroperu, GeoPark, schert sich nicht um die Abmachungen und arbeitet trotz fehlender Umweltverträglichkeitsstudie weiter, obwohl Soldaten auf dem Gelände an Covid 19 erkrankt sind. Inzwischen haben die Wampi Strafanzeige erstattet.

In Madre de Dios haben die dort lebenden verschiedenen indigenen Völker über ihren Zusammenschluss Fenamad erreicht, dem regionalen Komitee zum Kampf gegen Covid-19 anzugehören – und damit das Feld nicht den Behörden und dem WWF als Vertreter der Zivilgesellschaft zu überlassen, sondern über sie betreffende Angelegenheiten mit zu entscheiden.

Insgesamt fordern indigene Organisationen erstens unmittelbare Soforthilfe und zweitens strategische Weichenstellungen um sich abzeichnende weitere Tragödien und Katastrophen zu verhindern. Dabei können sie auf Zustimmung des peruanischen Staatssekretärs im Umweltministerium, Gabriel Quijandria, zählen. Er schrieb im April, dass nach Corona alles mit einer grünen Perspektive weitergehen müsse; eine Energiewende stattfinden und ohne weitere Abholzung produziert werden müsse. Maßstab müsse eine wirklich nachhaltige Entwicklung werden, Umweltschutz sei wichtiger Bestandteil. Die „harten Ministerien“ (Wirtschaft, Landwirtschaft, Bergbau etc.) aber haben durchgesetzt, dass, wenn bestimmte gesundheitliche

Vorschriften befolgt werden, die Arbeit im Bergbau oder die Regenwaldabholzung wieder aufgenommen werden können.

Unzureichendes Notstandsgesetz

Immer wieder forderten und fordern indigene Organisationen, Biolog*innen, Umweltschützer*innen, Mediziner*innen und viele mehr, von der peruanischen Regierung ein konkretes Maßnahmenpaket für die indigene Bevölkerung im Regenwald. Was erfolgt ist, sicher nicht unbeeinflusst von der Entscheidung des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte wegen der bisherigen Unterlassungen: die Regierung Perus verkündete mit Dekret Nr. 1498 ein Notstandsgesetz für indigene Völker, das nicht nur von Anwält*innen, Universitätsangehörigen und Organisationen kritisiert wird. Es liste nur bestehende Normen und Gesetze auf, sei zu unkonkret, substantiell nicht geeignet zur Pandemiebekämpfung und bestimme dafür weder Strategie noch konkrete Maßnahmen. Sogar die Vorschläge der Interamerikanischen Entwicklungsbank für den Dialog zwischen Regierungsstellen und indigenen Organisationen seien weitgehender als der Erlass.

Ein Vermächtnis

Silvio Valles Lamas aus Vista Alegre del Pachitea starb mit 42 Jahren an Covid-19. Er war engagierter Shipibo, Landrat in der Region Ucayali, und setzte sich dafür ein, dass in der Coronazeit auch Shipibofamilien in der Stadt Pucallpa Lebensmittel erhielten.

Als er am 3 Mai 2020 erfuhr, dass er sich (wohl in der Stadt) angesteckt habe und erkrankt sei, schrieb er: „Wisst Ihr, was das Schlimmste ist? Es ist die Angst, die ich habe, weil ich nicht weiß, wen ich angesteckt habe. Habe ich meine Familie angesteckt (*Anm: seine Eltern sind erkrankt*), die Verwaltungsmitarbeiter*innen, meine Freunde, Nachbarn? (...) Wir alle müssen aus dieser Pandemie Lehren ziehen, darunter die, die indigenen Dorfgemeinschaften mehr zu achten und nicht zu vernachlässigen. Wir müssen lernen, dass Peru nicht nur aus der Hauptstadt Lima besteht. Wir müssen lernen, dass die Gesundheit und eine würdige Arbeit an erster Stelle stehen müssen. (...) Heute bitte ich Euch, schützt Euch und helft Euch untereinander. Solidarität und Aufmerksamkeit! Bitte.“

Trudi und Heinz Schulze

Quellen:

- SPDA, *Actualidad Ambiental*, 13.5.20
- GTCC, *Carta abierta: Transparencia ante la pandemia* 6.5.20
- OCAM, *Pronunciamiento a las autoridades y la opinión pública, Mazamari*, 5.5.20
- Servindi, *Comunidades de Mazamari proponen acciones en tres niveles de gobierno*, 13.5.20
- *Resolución de Alcaldía Nr. 134-2020, Gemeinde Mazamari*
- *Documento Wampi*, 29.4.20
- GTANW, 17.5. in *Servindi*
- *Inforegión*, 23.4.20, 17.5.20 und 1.6.2020
- *Servindi, Observaciones críticas del DL 1498*, 12.5.20
- *Mongabay*, 20.5.20
- *Silvio Valles, Aprendamos que no se puede relegar más a las comunidades; Servindi*, 14.5.2020

5. Fotogalerie: Lima in Quarantäne

Die Fotos hat der 26-jährige Fotograf Luisenrique Becerra während der Quarantäne in Lima gemacht.

Ich arbeite als Fotojournalist beim Nachrichtenportal noticiasser.pe. Dort erstelle ich Reportagen über Menschenrechtsverletzungen, Gender und Bildung; ich mache auch auf eigene Faust fotografische Dokumentarprojekte zu Themen wie Kunstindustrie, Identität, Bildung, Territorium und Informalität. Die Corona-Quarantäne in einem Land wie Peru mit so vielen historischen Gräben hat bei mir ein professionelles Interesse ausgelöst. Ich wollte herausfinden, verstehen und mitteilen, wie verschieden einige Bewohner*innen Limas die Quarantäne je in ihrem eigenen Kontext erleben: Ohne Wasser und Abwasser; ohne Internet, ohne feste Arbeitsverträge, Korruption, die schlechte öffentliche Verwaltung, Informalität, Stigmatisierung, Selbstverwaltung, Ungleichheit und Geschlechtergewalt, das Fehlen von Jobmöglichkeiten, Diskriminierung, Vorurteile u.v.m.



Eine Familie am Rande der Autobahn Ramiro Prialé, Ausfahrtsstrasse von Lima in die Anden Foto: Luisenrique Becerra

Die persönliche Nähe ist sehr wichtig für die Entwicklung einer Geschichte. Dies wird schwieriger, wenn das Gesicht bedeckt ist. Oft stellt gerade ein Lächeln den ersten Kontakt her, aber jetzt galten wir auf einmal alle als potentielle Ansteckungsherde und wir mussten uns voreinander schützen, laut Vorschriften der Gesundheitsbehörde. Als Fotograf aber muss ich den Menschen nahekommen und darf auch keine Angst haben. Aber ich habe nie vergessen, dass viele meiner Portraitierten das Virus anfangs nicht ernst nahmen, weil sich der Staat nicht darum kümmerte, sie angemessen zu informieren oder das Einhalten der Massnahmen zu kontrollieren.

Ich konnte nicht zulassen, dass meine Portraitierten meinten, ich würde mich vor ihnen schützen. Natürlich schütze ich mich selber, so gut es geht, aber ich empfinde es auch als meine ethische Aufgabe als Fotograf, zu zeigen, was hier passiert.

Momentan wohne ich alleine, so dass ich dort niemanden anstecken kann. Denn ich gehe fast jede Tag auf Fototour.

Luisenrique Becerra

Der fotografischen Arbeit von Luisenrique Becerra kann man auch auf Instagram folgen @luisenrique.b



Polizei kontrolliert während der Ausgangssperre - Avenida Tacna, Lima. Foto: Luisenrique Becerra



Schulkind macht seine Hausaufgaben am Whatsapp, Lima-Cantagallo Foto: Luisenrique Becerra



Eine Patientin wartet am Tor des Krankenhauses Ramon Castilla III Foto: Luisenrique Becerra



Eine Familie freut sich, dass sie einen Platz im staatlich organisierten Bus nach Piura erhalten hat Foto: Luisenrique Becerra

6. Zeugnisse aus der Corona-Quarantäne II

An dieser Stelle bringen wir drei Zeugnisse von Menschen, die in Peru unterschiedlich von der Corona-Quarantäne betroffen sind: Hausangestellte, eine Schulleiterin aus Juliaca und eine venezolanische Migrantin.

Hausangestellte

Sofia Mauricio schätzt, dass in Peru rund 1 Million Frauen als Hausangestellte arbeiten. Sofia Mauricio hat selbst 45 Jahre lang, seit ihrem 12. Lebensjahr, als Hausangestellte gearbeitet und leitet heute die Beratungsstelle „La Casa de Panchita“. Eine Umfrage, die sie unter 300 Hausangestellten durchführte, ergab, dass die allerwenigsten den staatlichen Corona-Zuschuss erhalten hatten.

Hausangestellte in Peru standen mit der plötzlich einsetzenden Quarantäne vor zwei Optionen: entweder sie blieben zu Hause und verloren meist ihre Jobs; oder ihre Arbeitgeber verlangten von ihnen, dass sie während der gesamten Quarantäne in die Häuser der Arbeitgeber zogen. Beide Optionen haben weitgehende Folgen, wie diese Zeugnisse zeigen:

„Ich heiße Gloria, seit der Notstand ausgerufen wurde, arbeite ich nicht mehr. Ich wohne in einem gemieteten Zimmer, habe keine Ersparnisse mehr, meine Familie lebt weit weg und sie ist auch sehr arm. Bisher habe ich keine Hilfe erhalten. Meine Vermieterin will mich rausschmeissen, weil ich die Miete nicht mehr zahlen kann“

„Ich kann seit dem Beginn der Quarantäne nicht mehr arbeiten, meine Arbeitgeber zahlen mich nicht mehr, weder meine Ferien noch meine Sozialabgaben. Sie sagen mir, ich hätte noch kein ganzes Jahr bei ihnen gearbeitet, deswegen würde mir nichts zustehen“

„Ich arbeite normalerweise von Montag bis Freitag, und habe Samstag und Sonntag frei. Aber jetzt bleibe ich wegen der Quarantäne die ganze Woche dort. Ich habe mehr Arbeit als vorher, und arbeite auch an meinen freien Tagen“

„Ich bin vor der Quarantäne jeden Abend nach Hause gefahren, aber musste jetzt eine Arbeit „cama adentro“, also mit Übernachtung im Haus, annehmen. Weit weg von meinen Kindern und meinem Mann, der auch seine Arbeit verloren hat. Wenn ich nicht arbeite, würden wir Hungers sterben. Es ist sehr traurig, so weit weg von den Kindern zu sein“

„Meine Arbeitgeber boten mir an, dass ich bei ihnen wohne und arbeite. Seit einem Monat verlasse ich das Haus nicht und kann meinen Sohn nicht sehen. Ich weine, ohne dass meine Arbeitgeber es mitbekommen, ich muss durchhalten, denn ich bin alleinerziehend“.



Eine Schuldirektorin in Juliaca

Ich leite eine private Grundschule mit 170 Schülern in Juliaca. Gleich zu Beginn der Pandemie hatten wir eine Notfallsitzung mit den Eltern, verschoben zuerst den Schulanfang um eine Woche. Nachdem die staatlich verordnete Quarantäne immer länger wurde, mussten wir eine virtuelle Lösung suchen. Das war nicht einfach, da viele unserer Eltern sehr einfach leben und kein Internet und keinen PC zu Hause haben. Da ist es gut dass der Staat das Schulprogramm „Aprende en casa“ via Fernseher und Radio ausstrahlt. Wir haben beschlossen, da mitzumachen, und unseren Unterricht per whatsapp-Gruppen zu gestalten. Von unseren 170 Schülern haben 160 ein Smartphone mit Whatsapp in der Familie. Und jetzt nach 2 Monaten Fernunterricht, sind uns „nur“ 4 Schüler „abhanden gekommen“, die einfach nicht mehr reagieren. Unsere Schule war eine der ersten, die den monatlichen Schulpreis von umgerechnet rund 25 Euro um die Hälfte gesenkt hat. Damit konnten wir die Eltern halten. Denn viele Privatschulen verloren ihre Schüler während der Pandemie an die staatlichen Schulen. Dort sitzen zum Teil jetzt bis zu 55 Schüler in einer Klasse. Leider mussten wir deswegen auch die Löhne der Lehrpersonen heruntersetzen, zahlen aber immerhin die vollen Sozialabgaben weiter.

Die meisten unserer Eltern sind mit den Kindern in ihre Dörfer in der Umgebung gegangen, rund 50% der Kinder sind immer noch dort, bei Grosseltern oder Verwandten. 5 – 10 Schüler wohnen abgelegen, haben nur einmal in der Woche die Möglichkeit, die Aufgaben vom Netz herunterzuladen.

Es ist viel anstrengender per whatsapp Unterricht zu machen, als wenn man die Schüler vor sich sitzen hat. Ich mache kleine whatsapp-Videos für meine Vorschulkinder, das braucht viel mehr

Vorbereitung. Inzwischen machen auch die Schüler und ihre Mütter Videos und schicken mir, wie sie den Tag verbringen. Da merken die Eltern, wie schwierig es ist, solche ein Video herzustellen.

Es sieht so aus, als ob das ganze Schuljahr nun mit Fernunterricht ablaufen wird. Aber insgeheim hoffe ich doch, dass wir im September unsere Schule wieder öffnen können.

Franziska Schilliger Almonte , leitet die Schule <https://instutovida.jimdo.com/schulprojekt-kausana-wasi/>

Eine Migrantin aus Venezuela

Vor der Quarantäne hatte ich eine guten Job, ich verkaufte Kaugummiapparate für grosse Geschäfte oder Veranstaltungssäle. Als der Laden dann mit der Quarantäne geschlossen wurde, stand ich ohne Arbeit da. Nicht nur, dass ich kein Geld hatte, ich muss ja Miete zahlen. Ich teile die Wohnung mit zwei weiteren Personen. Gott sei Dank ist unsere Vermieterin zuvorkommend, und stundet uns die Miete. Andere Venezolaner haben nicht so viel Glück und wurden auf die Strasse gesetzt. Wie ich überlebt habe in diesen fast vier Monaten ? Dank Freunden, die mich unterstützt haben. Bisher musste ich nicht auf die Strasse gehen, um dort irgendeinen Job zu ergattern, trotz Ansteckungsgefahr. Wenn ich einkaufen gehe, sehe ich vor dem Markt viele venezolanische Familien, die um Essen betteln oder Bonbons verkaufen.

Ich versuche nun Putzmittel über Internet-Marketing zu verkaufen. Aber das ist ein schweres Geschäft, denn Du kannst ja nicht durch dein persönliches Auftreten überzeugen.

Unser Problem ist auch, dass wir jetzt kein Geld nach Hause nach Venezuela schicken können, obwohl unsere Familien darauf angewiesen sind. Ich hoffe, dass die Situation bald besser wird, dass ich rausgehen kann und Arbeit finden. Ich möchte gerne hier in Peru bleiben. Aber wenn ich bis Januar/Februar keine Arbeit finde, werde ich zurückgehen

Jhosneida (32) , hat in Venezuela als Sonderpädagogin gearbeitet.

7. Zu welcher Normalität wollen wir zurück?

Eine Konsequenz aus der Corona-Pandemie muss ein gestärkter Staat sein, fordert Glatzer Tuest vom Instituto de Defensa Legal.

Mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 3% und einer Inflationsrate von 2% genießt Peru über mehr als 15 Jahre eine hohe makroökonomische Stabilität. 1990 gab es noch ein negatives Wirtschaftswachstum von minus 5% und eine Inflationsrate von über 7600%. Deswegen wird Peru vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank auch als das lateinamerikanisches

Wirtschaftswunder bezeichnet. Der peruanische Staat hat seit 1991 das vom IWF empfohlene Strukturanpassungsprogramm zur Sanierung der Wirtschaft drastisch umgesetzt. Er setzte auf Rohstoffexporte für die wirtschaftliche Entwicklung. Staatliche Investitionen in den Bereichen Gesundheit und Bildung wurden stark reduziert, der Arbeitsmarkt dereguliert. Das hatte und hat verheerende Folgen für die Umwelt, die Menschenrechte und die soziale Gerechtigkeit. In den letzten Jahren hat der peruanische Staat die Ausgaben im Bereich Gesundheit und Bildung zwar erhöht. So gibt es in vielen Orten eine Gesundheitsstation bzw. ärztliche Versorgung. Doch das Gesundheitssystem ist weiterhin unzureichend und prekär.



Foto: Andina

Gleichzeitig haben soziale Organisationen und Bewegungen viel zum Demokratisierungsprozess und zum Kampf gegen Korruption, zum Umweltschutz und zur Einhaltung der Menschenrechte beigetragen. Das tun sie auch jetzt. So ermöglichen Frauenorganisationen mit ihren in den 1980er Jahren gegründeten Volksküchen auch jetzt vielen Peruaner*innen, die ohne Arbeit und Einkommen sind, etwas zu essen zu bekommen.

Peru ist mit 120.000 Infizierten und 3.500 Verstorbenen (Stand 25.5.2020) nach Brasilien das am stärksten von der Corona-Pandemie betroffene Land Lateinamerikas. Das Gesundheitssystem ist völlig überfordert und in besonders betroffenen Gebieten kollabiert.

In einer Radiosendung von WAYKA am 8. Mai 2020 stellt der Journalist **Glatzer Tuesta** vom renommierten Instituto de Defensa Legal (IDL) die Frage „Welche Art von Normalität möchten wir nach der Pandemie haben?“ Wir finden seine Überlegungen sehr lesenswert. Sein Aufruf, Realitäten wahrzunehmen, die viele bisher nicht gesehen haben oder sehen wollten, gilt für uns in

Deutschland gleichermaßen. Seine Fragen geben auch wichtige Impulse für unsere entwicklungspolitische Arbeit in Deutschland.

Annette Brox

Welche Art von Normalität möchten wir nach der Pandemie haben?

Jetzt, wenn die Ausgangssperre gelockert wird, wenn stufenweise wieder einige Aktivitäten zugelassen werden und die Reaktivierung der Wirtschaft voranschreitet, sagen einige Leute: Wir müssen schrittweise zur Normalität zurückkehren. Und das ist eine gute Frage, die wir uns stellen sollen: Welche Art von Normalität möchten wir nach der Pandemie haben?

Es erscheint ironisch, paradox und sogar pathetisch jetzt festzustellen, dass viele Menschen jetzt ein Land entdecken, das wir vernachlässigt haben und nicht wahrhaben wollten. Warum ist es für viele Leute eine Neuigkeit, dass Menschen sterben, während sie in der Schlange vor dem Krankenhaus stehen, weil sie nicht behandelt werden und es keine Medizin gibt? Ist es etwa eine neue Erkenntnis, dass 73% der Peruaner*innen Tag für Tag arbeiten gehen, um wenigstens ein wenig Geld zum Überleben zu verdienen? Und dass sie verzweifeln, wenn man ihnen sagt, dass sie zuhause bleiben sollen? Ist es etwa eine Neuigkeit, dass die digitale Kluft zwischen Stadt und Land so groß ist, dass man, wenn man ein digitales Schulprogramm einführt, entdeckt, dass Millionen von Menschen kein Radio, kein Fernsehen und erst recht kein Internet haben?

Ist das die Normalität, zu der wir zurückkehren wollen? Diese Normalität, in der man den Menschen sagt: Bleibt zuhause in Quarantäne. Weiß man denn nicht, dass es Familien gibt, die mit acht oder zehn Personen in einem einzigen Zimmer leben müssen? Oder wenn man den Leuten sagt, dass sie nicht so oft auf die Straße und zum Markt gehen sollen, dass sie nur einmal in der Woche einkaufen sollen: Ist denn nicht klar, dass sie sich nicht aus Widerstand gegen die Behörden nicht daran halten, sondern weil sie es nicht können, weil sie keinen Kühlschrank haben, um ihre Lebensmittel aufzubewahren?

Ist das die Normalität, zu der wir zurückkehren wollen? Wir wundern uns, wenn der Bevölkerung gesagt wird, dass sie sich die Hände mit Wasser und Seife gründlich waschen soll. Die Realität ist doch, dass es sechs Millionen Menschen in unserem Land gibt, die kein Wasser und kein Abwassersystem haben.

Wir sehen mit Überraschung, dass viele Leute, tausende Personen in ihre Heimatorte zurückkehren, weil sie lieber wenig als gar nichts haben, weil sie in Lima keine Chancen mehr haben. Es sind die gleichen Leute, die vor Jahren nach Lima gekommen sind, und niemand hat sie wahrgenommen. Und jetzt gibt es Leute, die feststellen, dass es in Peru indigene Dorfgemeinschaften gibt, von denen sie dachten, dass sie nur in Büchern oder auf Postkarten existieren. Ist das die Normalität, die einige wollen?

Wer bestimmt, was in Peru „normal“ ist ?

Zu welcher Normalität werden wir zurückkehren? Zu der Normalität, in der Gauner und Diebe die politische Macht hatten, sich bereichert und nichts an diesen Missständen geändert haben? Es scheint, dass einige diese Zeiten vermissen. Die Präsidentin der CONFIEP (Zusammenschluss peruanischer Unternehmen) hat gesagt, dass die Anforderungen des Gesundheitsministeriums europäischen Standards entsprechen und deswegen nicht erfüllt werden können. Was soll das heißen? Dass in Europa Bürger*innen erster Klasse und hier der vierten Klasse leben, die nicht erwarten können, dass ihre Rechte respektiert werden? Was ist die Normalität dieser Dame? Eine Normalität, die sie nach oben an die Spitze der Gutverdienenden stellt und in der nicht wichtig ist, was mit denen an der Basis passiert? Oder die Normalität, die uns der Präsident der nationalen Gesellschaft der Industrie präsentiert, der gesagt hat, dass Risikopersonen arbeiten gehen müssen, weil der Produktionsapparat aktiv gehalten werden muss? Oder die Normalität des Bosses der AFP (private Rentenversicherung), der sagt, dass die Peruaner*innen bedauerlicherweise länger leben und dadurch eine Last werden. Möchten wir zu dieser Normalität zurückkehren?



Glatzer Tuesta, Direktor des Instituto de Defensa Legal und Moderator der Radiosendung „No hay derecho“. Foto: ideeleradio.pe

In diesem Land, haben wir, die Peruaner*innen, Sendero und MRTA (*Terroristische Gruppen des Zeit des internen bewaffneten Konflikts*) überwunden, wir haben Pandemien überwunden, die Cholera, Erdbeben, Naturkatastrophen wie El Niño, wir haben Alan García und Fujimori (*der Korruption beschuldigte Ex-Präsidenten Perus*) überwunden. Aber wir haben nichts daraus gelernt, und dafür bekommen wir jetzt die Rechnung. Das ist jetzt unsere letzte Chance, und wir müssen sie nutzen. Der Präsident hat 82% Zustimmung, seine Regierung 60%, seine Wirtschaftsministerin 74%. Diese Zustimmungswerte sollen nicht nur dem Ego der Regierung schmeicheln, sondern auch als Grundlage dienen, eine demokratische Reform des Staates voranzutreiben, die den Bürger*innen ihre Rechte garantiert. Und deshalb muss die Regierung

einen starken, robusten, lebendigen und zuverlässigen Staat fördern, damit alle die gleichen Chancen haben. Wir dürfen nicht mehr auf die Koryphäen des Systems hören, die sagen, dass der Staat ein Zwerg sein muss, lächerlich unbedeutend, nicht existent, weil das Private immer besser ist. Die derzeitige Realität widerspricht dieser Behauptung absolut. Wenn die Regierung diesen Wandel nicht herbeiführt, wird uns das nächste Problem, die nächste Pandemie, das nächste Unglück wieder genauso treffen, aber wahrscheinlich wäre diese Situation noch viel schwerwiegender.

Glatzer Tuesta

Übersetzung: Mirjam Hitzelberger (DEAB)

<https://wayka.pe/video-a-que-normalidad-queremos-volver/>

8. Warum ist Cajamarca arm?

Eine richtige Interpretation der Zahlen führt zum Problem des Bergbaus.

Mirtha Vásquez, die Autorin des im nachfolgenden Text rezensierten Artikels, ist Juristin und war lange Jahre Direktorin der bergbaukritischen NGO GRUFIDES in Cajamarca. Sie wurde im Januar 2020 als Vertreterin von Cajamarca für die linke Frente Amplio als Abgeordnete ins peruanische Parlament gewählt. Zum Thema Bergbau bleibt sie weiterhin eine kritische Stimme. In einem Meinungsartikel für die Onlinezeitschrift El Buho legt sie anhand von Armutszahlen auf Distriktebene dar, warum die Armut trotz großer Einnahmen aus dem Bergbau nicht sinkt. Daran schuld seien vor allem die Steuervergünstigungen, welche die Bergbaufirmen in Peru seit Jahrzehnten erhalten.

Kontroverse um Armutszahlen

Anlass für den Artikel war eine Studie des Nationalen Instituts für Statistik und Informatik (INEI) mit Zahlen von 2018 zur monetären Armut auf Provinz- und Distriktebene. Demnach befinden sich von den 22 ärmsten Distrikten des Landes 16 in der Provinz Cajamarca und 10 davon gehören zum Einflussbereich des Conga-Projektes. An solchen Studien entbrennen regelmäßig Kontroversen, ob der Bergbau zur Armutsreduzierung beiträgt oder nicht. Insbesondere Meinungsmacher vom rechten Spektrum, so Vásquez, bedienen sich dabei einer „intuitiven bis tendenziösen“ Argumentation. Einerseits wird eben die Gegnerschaft zu Bergbauprojekten (Conga) als Grund für die fortgesetzte Armut ins Felde geführt. Andererseits ist davon die Rede, dass die Schuld bei den lokalen Politikern zu suchen ist: Sie schafften das Geld beiseite, dass eigentlich den Gemeinden zu Gute kommen sollte. Ergebnis solcher Analysen kann nur sein, mehr Investitionen in den Bergbau und die Reaktivierung von stillgelegten Projekten wie Conga zu fordern. „Einige gehen sogar so weit zu fordern, dass die Einnahmen aus dem Bergbau von den

Unternehmen selbst mittels Treuhandfonds verwaltet und nicht an die Regional- und Lokalregierungen transferiert werden sollen.“

Einige Indikatoren haben sich verbessert

Im Gegensatz zu dieser Argumentation weist Mirtha Vásquez darauf hin, dass ein weiteres Ergebnis dieser Studie ist, dass Cajamarca auch die Provinz mit der zweithöchsten Anzahl von Distrikten ist, in denen die Armut abgenommen hat. Außerdem sei es „die Region mit am wenigsten Blutarmut (ein Zeichen für Unterernährung) in Peru, sogar weniger als Lima“. Das heißt in anderen Worten, dass zu Zeiten des Bergbau-Booms die Situation schlimmer war und es seither gelungen ist, die Armut zu verringern und die Gesundheitsindikatoren zu verbessern.

Sie weist außerdem beispielhaft auf ein weiteres Detail der Studie hin: Der Distrikt Encañada, wo der Bergbau Akzeptanz fand und ein Zentrum der extraktiven Aktivitäten, befindet sich an 12. Stelle im Armuts-Ranking (von insgesamt 1.874 Distrikten). Eigentlich müssten Distrikte wie Encañada von den Abgaben des *Canon Minero* (Steuerabgaben auf die Rohstoffelöse, die zu 50 Prozent in die Schürfreionen zurückgehen) und *Regalías* (Lizenzgebühren) in besonderem Maße profitieren. Sie stellt den Vorwurf in Frage, dass „alle Bürgermeister und Gouverneure Diebe waren und die Millionensummen eingesteckt haben“, auch wenn natürlich nicht auszuschließen sei, dass Misswirtschaft und Korruption eine Rolle spielen.



Foto: Andina

Steuererleichterungen für Bergbauunternehmen

Ausgehend von diesem Beispiel argumentiert sie vielmehr, dass diese Zahlen zeigen, dass das Land in den Jahren des Bergbau-Booms und Höchstpreisen für mineralische Rohstoffe nicht in dem Maße profitiert hat, wie man es hätte erwarten können. Die eigentlichen Profiteure seien die Bergbauunternehmen. Der Grund geht auf ein Paket von Verträgen und Steuervorteilen zurück, die seit den 90er Jahren den Bergbausektor schützen und bis heute unverändert beibehalten wurden („Stabilitätsvereinbarungen“). Diese garantierten den Bergbauunternehmen juristische steuerliche Stabilität und bis heute wehren sie sich damit erfolgreich gegen die Zahlung neuer Steuern, wie die *Regalías*, die 2004 eingeführt wurden. Gerade große Unternehmen wie Yanacocha profitieren in mehreren ihrer Projekte weiterhin davon. Die Millionensummen aus dem *Canon Minero* existieren also nur theoretisch, in der Praxis ist die Befreiung von diesen Zahlungen die Regel.

Findige Abschreibungsmassnahmen

Im Detail funktionieren die Mechanismen zur Reduzierung von steuerlichen Abgaben folgendermaßen: Der erste Mechanismus, aus dem Jahr 1993 stammend, erlaubt es den Bergbauunternehmen, bis zu 80 Prozent ihres Gewinns in neue Projekte zu investieren und dafür keine Steuern zu bezahlen. Yanacocha ist eines der Unternehmen, die diese Begünstigung am meisten genutzt haben. Die Autorin argumentiert, dass eben deshalb die Armut zur Zeit des Bergbau-Booms in Cajamarca am höchsten war, weil Mittel, die direkt für die Bevölkerung in den Abbaugebieten bestimmt waren, nicht dort ankamen. Weitere Mechanismen sind die Rückerstattung der Mehrwertsteuer (IGV), die für Aktivitäten und Käufe während der Explorationsphase einer Mine anfallen, sowie die beschleunigte Abschreibung für Maschinen (20 Prozent pro Jahr), was den Betrag mindert, auf den die Steuern berechnet werden. Wegen dieser beiden „Anreize“ verzichtete der Fiskus im letzten Jahrzehnt auf die Erhebung von 609.666 Millionen Soles (etwa 160.000 Euro). Die Verringerung der Gewinnsteuer (IR) für Infrastrukturprojekte ist eine weiteres Geschenk, von dem der Bergbausektor weiter profitiert.

Mirtha Vásquez zitiert einen Bericht von *Ojo Público* [\[1\]](#) nachdem sich die Summe, auf deren Erhebung der Fiskus aufgrund dieser vier Steuervorteile verzichtet hat, auf das 10-Jahres-Budget des Integrierten Gesundheitssystems (SIS) für die 500.000 Begünstigten im Land beläuft. Als Ergebnis trägt der Bergbau momentan nur mit 3 Prozent zum gesamten Steueraufkommen Perus bei, das ist der geringste Wert seit zwölf Jahren.

Umweltlasten verhindern Entwicklung

Der Artikel endet mit einem Plädoyer zur Diversifizierung der Wirtschaft und die Aufforderung, das extraktive Modell grundsätzlich in Frage zu stellen, da es an seine Grenzen gekommen sei. Sie

beruft sich auf die hohe Bedeutung der Landwirtschaft, gerade in den ärmsten Distrikten sind laut der Studie des INEI 87 Prozent der Bevölkerung in diesem Sektor tätig. Sie fordert, dass man in nachhaltige Wirtschaftsweisen investieren müsse. Der Bergbau sei der falsche Weg, er zerstöre für die Agrarproduktion wichtige Flächen, von den gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung ganz zu schweigen. Ein Großteil der Bevölkerung von Hualgayoc oder Choropampa, die mit Schwermetallen kontaminiert ist, erhalte weiterhin keine staatliche Hilfe. Die Umweltlasten aus den Jahrzehnten des Raubbaus an der Natur verhindern des Weiteren eine Entwicklung der Region. Ein Wirtschaftsmodell, das nicht die Menschen im Zentrum hat, sondern den Profit von Unternehmen, müsse grundsätzlich revidiert werden, so Vásquez: „Die Unternehmen dürfen nicht länger Privilegien haben, sie müssen das zahlen, was sie dem Staat schulden. Und diese Schuld beschränkt sich nicht auf die steuerlichen Verpflichtungen, sondern muss Zahlungen für die schwerwiegenden Folgen für die Umwelt und v.a. für die Gesundheit und das Leben der Menschen einschließen.“

Es bleibt zu hoffen, dass Abgeordnete wie Mirtha Vásquez viele Verbündete im Kongress finden, um den allgemeinen Diskurs vom Paradigma des alles heilenden Extraktivismus hin zu mehr Nachhaltigkeit und Diversifizierung zu lenken. Die Zahlen geben ihr recht.

Silvia Bodemer

Silvia Bodemer ist Koordinatorin der Kampagne „Bergwerk Peru“

[1] <https://ojo-publico.com/331/las-intocables-exoneraciones-del-club-minero>

Originalbeitrag: <https://elbuho.pe/2020/03/cajamarca-la-pobre-una-lectura-que-debe-sobrepasar-las-cifras/>

Link zur Studie des INEI:

https://www.inei.gob.pe/media/MenuRecursivo/publicaciones_digitales/Est/Lib1718/Libro.pdf

9. Las Bambas: Gericht gibt Demonstranten recht

Am 2. März 2020 verlas der Richter in Tambobamba in der Andenregion Apurimac sein Urteil. Damit ist hoffentlich eine jahrelange Geschichte der Kriminalisierung von Teilnehmer*innen einer Demonstration gegen das Kupfer-Bergbauprojekt Las Bambas im September 2016 zu Ende gegangen.

Der Fall begann am 28. September 2016. Das war der vierte Tag einer großen Demonstration von Bauern- und indigenen Gemeinden, lokalen Geschäftsleuten, ehemaligen Mitarbeiter*innen und weiteren Organisationen aus den Provinzen Cotabambas und Grau gegen die Kupfermine. Es herrschte Ausnahmezustand. In Anwesenheit von Militärs und des obersten Polizeichefs von Apurimac griffen am Nachmittag Polizisten – deren Aufgabe laut Vertrag der Schutz des

Bergbauunternehmens ist – gewalttätig Demonstrierende an, die den Bereich Las Bambas einzunehmen versuchten. Drei protestierende Quechua wurden getötet, viele Demonstrierende und mehr als 20 Polizist*innen verletzt. Rund 30 Protestierende wurden verhaftet.



Drei tote Demonstrant*innen und drei Gerichtsverfahren

Danach begannen drei juristischen Verfahren: eines gegen die Demonstrant*innen, eines gegen die Köpfe der Proteste und eines wegen Totschlags. Am langsamsten lief das Verfahren gegen die Polizisten wegen Totschlags. Der Fall gegen die Köpfe der Proteste läuft weiter. Die Kriminalisierung der Demonstrierenden ist nun vorbei. Zumindest hier siegte die Gerechtigkeit.

Gegen die verhafteten Demonstrant*innen gab es von Anfang an kaum Beweise dafür, dass sie Straftaten begangen hätten, so der Bericht von Eliana Galindo, Rechtsanwältin der NGO Aprobeh in Abancay. Das bestätigte nun auch der Richter in seinem Urteil vom 2. März. Dennoch litten die Demonstrant*innen dreieinhalb Jahre unter der Kriminalisierung. Sie hatten Angst und standen unter Stress durch ein juristisches Verfahren und dessen Urteil, das sie aufgrund der Sprache und juristischen Fachsprache kaum verstanden. Fast über die gesamte Zeit lief das Verfahren in spanischer Sprache. Erst während der letzten Monate stand eine Übersetzung ins Quechua zur Verfügung. Trotz der Bemühungen von Menschenrechtsorganisationen hatten die 21 Angeklagten nicht immer juristischen Beistand.

Ein halbes Jahr in Untersuchungshaft

Besonders schlimm erlebten es Brandon Quispe (18) und Javier Mamami. Vom 28. September 2016 bis März 2017 waren sie in Untersuchungshaft, zuerst in Abancay, später in Cusco. Sie

berichteten, dass Polizisten Brandon Quispe bei der Festnahme zwangen, mit einer Pistole zu schießen, und in Mamanis Socken und Quispes Rucksack Dynamit versteckten.

Deshalb schrieb die Infostelle Peru kurz vor dem Urteil in Zusammenarbeit mit Jan-Michel Simon vom Max Planck für internationales und ausländisches Strafrecht ein fachliches Dokument, *Amicus curiae*, um die Argumente der Menschenrechtsorganisationen für die Demonstrant*innen zu unterstützen ([siehe das Schreiben und den Amicus curiae](#)). Wir freuen uns sehr, dass in diesem Fall die Kriminalisierung der Demonstrierenden gegen Las Bambas beendet ist, und dass wir etwas dazu beitragen konnten.

César Bazán Seminario

10. Kurz gemeldet

Chef der Forstbehörde abgesetzt

Bereits im Februar wurde der Chef der Forstbehörde SERFOR, Luis Alberto Gonzales Zuniga, zum Rücktritt aufgefordert. Hintergrund war eine vom Agrarministerium – dem das SERFOR zugeordnet ist – beabsichtigte Norm, nach der über 100 Hektar grosse Waldflächen vereinfacht die Erlaubnis zur Landumnutzung erhalten. Gonzales-Zuniga widersetzte sich dem Vorhaben. Inmitten der Quarantäne wurde er nun stillschweigend Anfang Juni von seinen Funktionen entbunden und entlassen.

[Gonzales-Zuniga verweist darauf](#), dass das Agrarministerium seinen Schwerpunkt in der Intensivierung von landwirtschaftlichen Produkten hat und kein Interesse am Waldschutz.

Die Coronakrise verschärft sich

Inzwischen ist Peru nach Brasilien das am stärksten von Covid-19 betroffene Land in Lateinamerika. Am 3. Juni waren offiziell 174.844 Menschen infiziert, 4.767 sind an dem Virus gestorben. Was die Zahl der Infizierten angeht, steht Peru damit weltweit an zehnter Stelle.

Mehr als 707.000 Beschäftigte sind von den wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise betroffen, entweder weil sie ihre Arbeit verloren haben oder weil sie in *suspensión perfecta* sind.

<https://larepublica.pe/economia/2020/06/03/coronavirus-en-peru-mas-de-700-mil-empleos-perjudicados-por-la-pandemia-estado-de-emergencia/>

<https://data.larepublica.pe/envivo/1554563-cifras-avance-covid19-sudamerica>

Keine Strategie für die indigenen Völker in der Coronakrise: Anklage vor der UNO

Die Gleichgültigkeit der peruanischen Regierung bei der Eindämmung der Corona-Pandemie im Amazonasgebiet veranlasste den indigenen Dachverband AIDSESEP, am 20. April bei den Vereinten Nationen eine formelle Klage gegen den peruanischen Staat einzureichen. Die Regierung habe keinen Plan, wie sie die indigene Bevölkerung vor einer Ausbreitung des Corona-Virus schützen kann. Es drohe deshalb ein Ethnozid.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/27/04/2020/gobierno-desatiende-poblaciones-indigenas-y-amazonicas>

Rondas Campesinas stoppen Ausbreitung von Covid-19

Dank der Rondas Campesinas in Cajamarca (Organisationen zur Selbstverteidigung in ländlichen Gemeinden) verbreitet sich das Coronavirus in den organisierten Gemeinden nicht aus, berichtet die Nachrichtenplattform WAYKA. Da die staatlichen Maßnahmen unzureichend sind, kontrollieren die Organisationen selbst ihre Gemeinden. Sie bewachen die Zufahrten zu ihren Dörfern rund um die Uhr und kontrollieren die Einhaltung der Regeln der Ausgangssperre. Die Rondas sind staatlich anerkannte Organisationen und können in Krisensituationen intervenieren. Die Mitglieder der Rondas übermitteln Informationen an die staatlichen Behörden, wenn Unbekannte oder Menschen mit Krankheitssymptomen die Gemeinden betreten. Weitere Maßnahmen werden dann den Behörden überlassen.

Budget für Gesundheitsversorgung viel zu niedrig

88 Mio. Soles (ca. 23 Mio. Euro) will der peruanische Staat zusätzlich in die Gesundheitsversorgung der indigenen Völker investieren. Das sind weniger als 1 Prozent der Mittel, die die Regierung zur Unterstützung des Wirtschaftssektors bereitgestellt hat, und nur 32 Prozent des Budgets, das für die Bekämpfung des Dengue-Fiebers und anderer Infektionskrankheiten zur Verfügung steht.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/27/05/2020/fondos-para-la-atencion-de-pp-ii-representan-menos-del-1-del-plan>

Rückkehrer*innen sind Vertriebene

Menschen, die wegen der Folgen der Ausgangssperre in ihre Herkunftsregionen zurückkehren, müssen nach nationalem und internationalem Recht als Binnenvertriebene behandelt werden, fordern Juan Carlos Ruiz und Alvaro Másquez von der Menschenrechtsorganisation IDL (Instituto

de Defensa Legal). Die Rückkehrer*innen seien Opfer einer beispiellosen humanitären Katastrophe. Der peruanische Staat stehe in der Pflicht, Menschenrechtsverletzungen an Binnenvertriebenen zu verhindern.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/27/04/2020/el-estado-no-tiene-una-politica-clara-sobre-covid-19-y-pueblos>

Besonders betroffen von der Conorakrise: Opfer des internen bewaffneten Konflikt

Das Institut für Demokratie und Menschenrechte der Universidad Católica in Lima (Idehpucp) hat die aktuelle Situation von Angehörigen der Opfer des internen bewaffneten Konfliktes untersucht.

Die Präsidentin der nationalen Angehörigenorganisation Anfadet, Luyeva Yangali, beklagt, dass viele betroffene Angehörige in der Coronakrise keine staatliche Unterstützung bekommen haben. Die betroffenen Familien seien bereits alle als Opfer des Konfliktes registriert und damit als vulnerable Personen anerkannt. Dennoch seien sie dem zuständigen Minister offensichtlich nicht bekannt. Wer die Überbrückungshilfe bekommen will, müsse sich außerdem per Internet oder Handy einschreiben. Vielen nicht fehle dafür die technische Ausrüstung.

Die Wissenschaftlerin Iris Jave von Idehpucp stellt fest, dass die Schwierigkeiten der Gewaltopfer, staatliche Unterstützungsleistungen zu erhalten, nicht neu seien. Der Staat habe nicht verstanden, dass die Opfer des internen bewaffneten Konfliktes vulnerable Personengruppen seien und immer noch in Armut lebten. Dies betreffe vor allem ältere Menschen. Die Forderungen der Angehörigen gebe es seit 30 Jahren. Was die meisten suchten, sei eine Anerkennung. Ihnen gehe es darum, wahrgenommen zu werden. Die aktuelle Situation der fehlenden Unterstützung und Kommunikation sei ein sich seit 30 Jahren wiederholendes Geschehen.

Regierung will die Wirtschaft reaktivieren

Um die Wirtschaft in der Coronakrise wiederzubeleben, hat die Regierung einen Reaktivierungsplan erarbeitet. In einer ersten Phase bis 31. Mai durften 21.000 Unternehmen ihre Aktivitäten wiederaufnehmen, darunter 40 Bergbauunternehmen. Der Bergbau trägt mit zehn Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei, mehr als 60 Prozent der Exporte kommen aus diesem Sektor, erklärte Premier Vicente Zeballos. Deshalb sei es wichtig, die Wiederaufnahme der Bergbauaktivitäten zu erleichtern. Dabei würden alle Hygieneregeln eingehalten, um die Gesundheit der Minenarbeiter*innen zu schützen, versicherte er. Auch wichtige Infrastrukturmaßnahmen wie die Erweiterung des Flughafens in Lima sollen wiederaufgenommen werden.

Zevallos betonte, dass aufgrund der wirtschaftlichen Rezession die Armut in den Städten steige. Das BIP sei um 16 Prozent gefallen, die Beschäftigungsquote um 25 Prozent, das durchschnittliche Haushaltseinkommen um 4,2 Prozent.

<https://larepublica.pe/economia/2020/05/28/reactivacion-economica-hay-13253-empresas-autorizada-a-operar-en-fase-1-mineria-refineria-de-talara-aeropuerto-vicente-zeballos-congreso-coronavirus-en-peru/>

<https://larepublica.pe/economia/2020/06/02/reinicio-de-actividades-mas-de-21-mil-empresas-fueron-autorizadas-para-operar-en-fase-1/>

Immer mehr Minenarbeiter*innen mit Covid-19 infiziert

Bis 30. April hatte das bergbaukritische Netzwerk Red Muqui 251 mit Covid-19 infizierten Minenarbeiter*innen registriert. Zwei Wochen später, am 15. Mai waren es bereits 505 Fälle, die meisten von ihnen in Ancash (Antamina) und La Libertad (Consorcio Minero Horizonte). Und am 22. Mai waren laut Energie- und Bergbaumministerium schon 821 Minenarbeiter*innen infiziert.

Beim Unternehmen Marcobre, das im Bezirk Marcona in Ica tätig ist, stieg innerhalb von nur fünf Tagen die Zahl der Infizierten von 38 auf 128 an. Der Kongressabgeordnete Lenin Bazán macht die Regierung dafür verantwortlich, da sie den Bergbau als wesentlichen Wirtschaftssektor definiert und Ausnahmeregelungen von der Quarantäne genehmigt.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias-producciones-audios-resumen-peru-radioteca-audios/23/05/2020/edicion-mundo>

<https://www.servindi.org/actualidad-informe-especial-noticias/27/04/2020/las-empresas-mineras-no-entienden-de-emergencia>

<https://muqui.org/noticias/ministerio-de-energia-y-minas-debe-pronunciarse-ante-reporte-interno-de-821-casos-de-covid-19-en-el-sector-minero/>

Zerstörung indigener Territorien zur Wiederbelebung der Wirtschaft?

Das Recht auf Leben der in freiwilliger Isolation lebenden indigenen Völker (PIACI) zu schützen heißt vor allem, die Unantastbarkeit ihrer Territorien zu garantieren, erklärt Richar Rubio, Vizepräsident des indigenen Dachverbandes AIDSESEP. Das Gesetz N° 28736 von 2006 zum Schutz dieser Völker, das sogenannte Ley PIACI, enthält diese Garantie nicht.

Die aktuellen staatlichen Verordnungen zur Reaktivierung der Wirtschaft im Ausnahmezustand erlauben auch Zerstörungen auf indigenen Territorien und sind deshalb ein Anschlag auf die indigenen Rechte, kritisiert Rubio.

In der zuständigen Kommission des Nationalkongresses wurde nun eine entsprechende Änderung des Ley PIACI debattiert. AIDSESEP hofft, dass der Kongress die Gesetzesänderung beschließt und dass „wirtschaftliche Interessen nicht über dem Recht auf Leben stehen“.

Am 1. Juni rief der AIDSESEP die Regierung in einem offenen Brief dazu auf, keine Abholzungen im Regenwald für Infrastruktur- und andere Projekte zur Reaktivierung der Wirtschaft zuzulassen.

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias-producciones-audios-ronda-informativa-indigena-radioteca-audios/29/05/2020>

Neun erfolgreiche Verfahren gegen die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidigern

Die Menschenrechtsorganisation Instituto de Defensa Legal (IDL) hat beispielhaft neun Gerichtsverfahren analysiert, die von der nationalen Menschenrechtsbewegung gewonnen wurden. Das IDL war selbst an sieben der neun Verfahren beteiligt.

Die juristische Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger*innen geschieht vor allem im Kontext von sozialen Protesten, in denen die Polizei selbst die Kriminalisierung vorantreibt, so das Ergebnis der Untersuchung.

Bei der Polizei herrsche Unkenntnis über den Verfassungsrang des Rechts auf sozialen Protest und Unverständnis über die Bedeutung von Protesten. Darüber hinaus herrsche ein autoritäres Rechtsverständnis, bei dem Proteste als Synonym für Chaos und Unordnung gelten. Deshalb sei die Polizei weit davon entfernt, ihrer Schutzfunktion gegenüber Menschen, die soziale Proteste organisieren, gerecht zu werden. Sowohl bei der Justiz als auch bei den Polizeikräften fehle das Wissen über die Standards des Rechts auf sozialen Protest und über die Funktion von Menschenrechtsverteidiger*innen.

Um dies zu ändern, schlägt IDL einen Fahrplan mit mehreren Schritten vor. So müsse zwischen legitimen Maßnahmen und Gewaltakten und Vandalismus klar unterschieden werden. Mit den sozialen Akteur*innen müssten die Grenzen des Rechts auf soziale Proteste reflektiert werden. Ein „Test der Verhältnismäßigkeit“ könne die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen evaluieren.

Die Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass Gerichtsprozesse Menschenrechtsverteidiger*innen dann schützen können, wenn es ein Minimum an Unabhängigkeit der Justiz von der Regierung gibt.

Folgende Gerichtsverfahren wurden untersucht: Die Festnahme von Mitarbeiter*innen des Solidaritätsvikariats der Prälatur von Sicuani wegen ihrer Vermittlung im Konflikt in Espinar (*Espinarazo*); die willkürliche Festnahme von Marco Arana, weil er sich gegen Minenaktivitäten geäußert hat; die Festnahme des Aktivisten Mc Auley wegen der Teilnahme an Demonstrationen gegen Umweltverschmutzung; die willkürliche Festnahme der kanadischen Umweltaktivistin Jennifer Moore wegen der Verbreitung eines Videos über die schlimmen Praktiken eines Minenunternehmens; der Strafprozess gegen Vertreter*innen der Kichwas und Achuar wegen der Besetzung des Flugplatzes von Andoas aus Protest gegen die Verschmutzung ihres Territoriums; der Strafprozess gegen den Vertreter der Awajun Zebelio Kayap wegen Ausübung indigenen Rechts zur Verteidigung ihres Territoriums und ihrer natürlichen Ressourcen; der Strafprozess gegen Protestierende, die die Regierung der Missachtung des Rechts auf Vorabkonsultation beschuldigten (*El Bagazo*); der Strafprozess gegen Menschenrechtsverteidiger, die den Tod einer Campesina durch Umweltvergiftung anzeigten (*der Fall Fernando Osoreo y Juan Carlos Ruiz Molleda*); der Strafprozess gegen Vertreter*innen von kleinbäuerlichen Gemeinden, die gegen die Enteignung ihres Landes durch die Regierung protestierten (*der Fall Anabi*)

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/28/05/2020/los-casos-ganados-jurisprudencia-sobre-criminalizacion-de>

Oekumenische Initiative zum Schutz des Regenwaldes – IRA

„Nur gemeinsam ist der Regenwald zu retten“, so die engagierte Laura Vargas, Koordinatorin der interreligiösen Initiative pro Amazonas (*Iniciativa Interreligiosa por los Bosques Tropicales*). Zentrum dieser Kooperation ist das Dorf Chiriaco (Distrikt Imazu, Provinz Condorcanqui am Marañon-Fluss). Hier ist die Abholzung besonders schlimm. Allein im Jahre 2019 waren es 1.303.00 Kubikmeter. Zudem vernichtete ein massiver Erdölaustritt aus der maroden Pipeline viel Wald und Flüsse.

In diesem Dorf haben sich in der IRA zusammengeschlossen: Der Pastor der evangelikalen Iglesia del Nazareno, Alipio Moran, Chiroque die Präsidentin der Front zur Verteidigung der Interessen von Chinaco, Daily Becerra, die Organisation der indigenen Bevölkerung durch Salomon Awanash, der kath. Pastoralreferent Demetrio Chiroque, der kath. Bischof der Diözese (Vicariato Apostólico Jaen, Alfredo Vicarra (SJ) sowie der Pastor der Iglesia Asamblea de Dios in Chinaco, Jorge Caruahalca.

Wie wichtig gerade jetzt eine Zusammenarbeit der Bevölkerung ist zeigt sich daran, dass die Zahl der Dörfer im Regenwald, in denen es Corona-Erkrankte gibt, von 400 im April 2020 auf über 1000 im Mai 2020 angestiegen ist.

(*InfoRegion, nach Cooper Accion, 26.5.20*)

PALMÖL – REGENWALD – COVID 19

Das Palmölunternehmen Ocho Sur P. steht immer wieder in der Kritik. Wir berichteten im InfoPeru darüber. Es hat in der Urwaldregion Ucayali über 12.500 Hektar intakten Regenwald in industrielle Palmölplantagen umgewandelt, was ca. 12% der peruanischen Palmölproduktion entspricht mit entsprechender massiver Umweltzerstörung. Das Institut IDL (Instituto de Defensa Legal) kritisiert, dass die Firma auch während der Corona-Pandemie weiter gearbeitet hat. Jetzt kommt noch die Gefährdung der Arbeiter und in der Umgebung lebenden indigenen Bevölkerung hinzu. Die zuständige Gesundheitsbehörde teilte mit, dass von 38 Tests an Mitarbeitern auf deren Fabrikgelände 34 positiv auf Covid 19 ausfielen. Deshalb hat unter anderen die indigene Dachorganisation in der Region Ucayali Ocho Sur P angezeigt, weil nicht nur die Arbeiter sondern die indigene Bevölkerung in dieser Region gefährdet sind. Schutzmasken hat die Firma erst am 15.5. ausgegeben.

(IDL und InfoRegion, 11.6.20)

11. Coronakrise: aktueller Stand der Spendenaufrufe

Im letzten InfoPeru haben verschiedene Gruppen zu Spenden für die von der Corona-Pandemie Betroffenen in Peru aufgerufen. Wir haben nachgefragt, was aus den Aufrufen geworden ist. Hier die Antworten:

Klimabündnis und Infoe

Das Klima-Bündnis hat bisher ca. 2.500 Euro an Spenden eingenommen, hat aber auch nochmal ein Vielfaches dieses Betrages für Unterstützungen eingesetzt.

Unterstützt wurden Organisation wie COICA, AIDSESP, OPIAC für die Koordination der Massnahmen auf regionaler und nationaler Ebene sowie die Erarbeitung von Kommunikationsmassnahmen.

Weiterhin wurde die FECONAU in Peru sowie weitere eher lokale Organisationen mit kleineren Beträgen unterstützt für den Kauf von Masken, Lebensmitteln oder Reinigungsmaterialien. Ein Problem sind auch die Reisen, viele Indigene sind ja in den Städten gestrandet und konnten nicht in ihre Gemeinden zurück. Die COICA hat einen überregionalen Fonds eingerichtet, in den größere Beträge eingezahlt werden können und der langfristig wirken soll. (Die Krisen häufen sich und sie wollen nicht jedes Mal einen neuen Spendenaufruf machen.)

Das Klima-Bündnis unterstützt den Fonds und ist auch in einer Art Beirat gemeinsam mit anderen Partnern vertreten.

Leider können wir nicht alle Anfragen bedienen, da diese sich momentan häufen und die Indigenen Gemeinden wenig Unterstützung von ihrer jeweiligen nationalen Ebene erhalten.

Neben den Kurzfristigen Maßnahmen geht es aber oft auch um Maßnahmen, die Resilienz fördern sollen, wie z.B der Ausbau von traditioneller Medizin oder der lokalen Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Thomas Brose, Klimabündnis

<https://www.amazonemergencyfund.org/>

München – Asháninka

Der wichtigste Schutz vor Ansteckung für die indigene Bevölkerung im Regenwald ist, dass Auswärtige nicht in deren Dorfgemeinschaften kommen und dass die indigene Bevölkerung nicht zum Verkauf in die Städte oder zu den Märkten fahren müssen, wo die Ansteckungsgefahr sehr groß ist. Deshalb ist vorrangige Aufgabe einer partnerschaftlichen Kooperation in Covid-Zeiten, dies zu unterstützen, durch finanzielle Hilfen zum Kauf von Lebensmitteln und sorgfältige, transparente Weitergabe an indigene Familien.

Für unsere Klimapartnerschaft mit dem indigenen Volk der Asháninka (ca. 80.000 Menschen im zentralen Regenwald Perus) hieß das: Schnelle Absprache mit unseren Partner*innen dort, was aktuell die beste Unterstützung ist, danach Aufruf zu Spenden damit von den dortigen Partnern schnell bei lokalen Großhändlern eingekauft und verteilt werden kann. Am effektivsten ergab sich die Kooperation mit unseren langjährigen Partner*innen von Asháninka, IMPERITA im Distrikt Rio Negro, Provinz Satipo. Sie klärten schnell mit den Dorfchefs in drei Dörfern ab, die nur ganz wenig Gemeinschaftsland zur Selbstversorgung haben, welche Familien am dringendsten schnelle Unterstützung benötigen.

Im Vertrauen auf eine Unterstützung haben sie schnell Säcke von Reis etc. bei Großhändlern reservieren lassen, um gute Qualität zu fairen Preisen zu bekommen. Geachtet wurde auch darauf, dass nur die Familien berücksichtigt wurden, die nicht das staatliche Übergangsgeld von 380 Soles (ca. 100 Euro) bekommen haben.

Der Spendenaufruf ergab (Stand 31.5.20) die großartige Summe von 5.940 Euro!

Damit wurden Grundlebensmittel, Seifen und Atemmasken gekauft und mit einer Sondererlaubnis (in Peru gilt noch bis Ende Juni 2020 eine rigorose Ausgangssperre) an die Kontrollposten der Dörfer gefahren. Die Übergabe erfolgte wegen der Ansteckungsgefahr nicht direkt an die einzelnen Familien, sondern vom zuständigen Dorfkomitee. Dies natürlich mit Bestätigung über den Erhalt der Produkte.

Geholfen wurden dadurch über 200 Familien, ca. 1.000 Personen. Dazu kamen noch Hilfen für 30 Frauen aus kleinen Siedlungen, die im Krankenhaus in der Provinzstadt Satipo zur Geburt waren und wegen der Corona-Situation ohne Familienangehörige auskommen mussten. Sie erhielten Seifen, Handtücher, Windeln für die Kinder und ein Lebensmittelpaket für ihre Rückkehr, damit sie nicht auf dem Markt dort einkaufen mussten.



*Familie in Quarantäne im Shipibo-Viertel Cantagallo in Lim;
Foto: Teresa Soria Gonzales*

Ein Teil der Spenden wird eingesetzt um kurzfristig Maniok (Yuca) als Grundnahrungsmittel in den Familiengärten anzupflanzen.

Mit unserer Partnerschaft unterstützen wir Frauen aus Asháninkadörfern beim Verkauf ihres Schmucks auf Straßenfesten. Die Frauen bekommen individuell ihren Schmuck im ersten Schritt bezahlt und der Extraerlös steht ihnen als Gemeinschaftstopf zur Verfügung. Meist wird er für ihre Fortbildung oder Verbesserung ihrer Organisation und Struktur verwandt. Den so angesammelten Betrag von 500 Euro wollten sie nun schnell den besonders betroffenen Frauen in ihren Gruppen zugutekommen lassen. Das Geld wurde schnell überwiesen. 20 Familien erhielten so Unterstützung zum Kauf von Lebensmitteln u.a..

Die Stadt München hat die Asháninka mit einer humanitären Nothilfe von 15.000 Euro unterstützt. Diese Hilfe wird mit Mitteln des städtischen Referats für Gesundheit und Umwelt für die Versorgung mit Lebensmitteln, medizinischem Material wie Atemschutzmasken etc. eingesetzt. Die Unterstützung kommt den indigenen Dörfern in der Provinz Satipo zugute und wird von den dortigen indigenen Vereinigungen verwaltet und verteilt. Die Verteilung findet bewusst nicht über staatliche Stellen statt, um die Ansteckung durch auswärtige Personen zu vermeiden. Da die Unterstützung Ende Mai 2020 angelaufen ist, kann noch nicht über die Durchführung informiert werden.

Heinz Schulze, AK München Asháninka

Manthoc – Cajamarca

Wir sind noch immer absolut überwältigt von den vielen Spenden, durch die mittlerweile insgesamt ca. 12.000 € für die Unterstützung der MANTHOC-Familien in der Krisensituation

zusammenkamen. Daher möchten wir uns noch einmal ganz herzlich im Namen der Mitarbeitenden, der Kinder und Jugendlichen sowie deren Familien bei Ihnen bedanken!

Bislang wurden 140 Lebensmittelpakete an die MANTHOC-Familien verteilt. Die Lebensmittelpakete enthielten Reis, Zucker, Erbsen, Linsen, Haferflocken, Milch, Thunfisch, Öl sowie Seife und Waschmittel. In den nächsten Tagen werden in zwei „Etappen“ nochmal 150 Lebensmittelpakete verteilt. Auch Familien in den abgelegeneren Regionen (Bambamarca, Encañada, San Marcos) werden berücksichtigt.



Ausgabe von Lebensmittelpaketen, Manthoc Cajamarca

Wir haben die Lebensmittelpakete in Zusammenarbeit mit lokalen „Tiendas“ (Tante-Emma-Laeden) organisiert. MANTHOC hat mit denen einen Vertrag geschlossen und die Lebensmittel bezahlt. Dann wurde dort eine Liste hinterlegt mit den Namen der Familien von MANTHOC (die vorab ausgewählt wurden) und dann konnten diese dort unter Vorlage des Ausweises die Pakete/Lebensmittel abholen. Die Frau in der Tienda, die man bei der Übergabe des Sackes sieht, ist Yovana, eine Colaboradora von MANTHOC. Sie hat das Ganze mitkoordiniert.

So konnten viele Familien zumindest kurzfristig unterstützt werden und ihr Kontakt zu MANTHOC bleibt aufrechterhalten.

Generell hält das MANTHOC Team auf vielfältige Weise den Kontakt zu den Familien. Die langjährige Gruppenleiterin Lucila schätzt, dass rund die Hälfte der Kinder und Jugendlichen in der Zeit der Pandemie eine stärkere Bindung zu ihren Gruppenleiter*innen aufbauen. Sie sind erste Ansprechpersonen für Fragen rund um den Lehrplan, bei Problemen in der Familie oder bei Schwierigkeiten mit den Behörden. Das zeugt von großem Vertrauen, das viele der Mitarbeitenden über Jahre aufgebaut haben.

Während die Verantwortlichen in Peru versuchen, trotz der Pandemie die Kinder und Jugendlichen bestmöglich zu begleiten, arbeitet der Förderverein daran, dies auch durch finanzielle Unterstützung – jenseits von Lebensmittelpaketen – möglich zu machen.

So übernehmen wir die Kosten für Handyguthaben, was in Zeiten des Lockdowns essenziell ist, um weiterhin telefonieren und über das Internet kommunizieren zu können.

Auch das Home-Schooling gestaltet sich bei der MANTHOC-Zielgruppe schwieriger, da die wenigsten Familien einen Internetanschluss und mobile Endgeräte haben. Daher haben wir den

Druck der Arbeitshefte sowie die Fahrtkosten für die Lehrkräfte für die Verteilung der Hefte übernommen.

Zuletzt stellt sich die Frage, wie die Jugendherberge ohne Gäste die laufenden Kosten decken kann. Auch hier arbeiten wir zusammen mit dem MANTHOC-Team an einer Lösung.

Insgesamt war die schnelle Reaktion und die Verteilung von Lebensmittelpaketen sehr wichtig, um die Familien in der akuten Notsituation zu unterstützen. Nichtsdestotrotz bleibt die wirtschaftliche Lage weiter angespannt und viele MANTHOC-Familien werden es in Zukunft nicht leichter haben.

Gerade vor diesem Hintergrund erstaunt und motiviert die Kreativität und Flexibilität, die sowohl die Lehrkräfte in der Schule als auch die Mitarbeitenden in der Organisation an den Tag legen. Das gibt auch uns Mut und Energie, um uns weiterhin für die Rechte der arbeitenden Kinder und Jugendlichen in Cajamarca einzusetzen.

Anna Nunenmann

Anfasep Ayacucho

Corona hat uns alle getroffen, aber nicht im gleichen Maße. In Peru hat die schlechte wirtschaftliche Situation wie die Gesundheitsversorgung die ärmsten Haushalte am stärksten getroffen. Dazu gehören auch die Mitglieder der Organisation ANFASEP (Organisation von Familienangehörigen von Gefangenen, Entführten und Verschwundenen in Peru) in Ayacucho; siehe Spendenaufruf (<http://www.infostelle-peru.de/web/spendenaufrufe/>).

Die staatlichen Hilfen in Form von Essenskörben sind nicht bei allen Familien angekommen, die sie benötigten. Die junge Generation von ANFASEP (ANFASEP Joventud) wurde in den 80er Jahren von den Frauen, die mit viel Kraft zu Zeiten des Bürgerkrieges versuchten, die teils Weisenkinder gemeinschaftlich mit Essen zu versorgen, indem sie Spenden auf dem Markt sammelten und für die Kinder kochten. Joventud ANFASEP gründete sich 2002 und unterstützt seitdem in unterschiedlichen Aktionen, die alle mit der Aufarbeitung des Bürgerkrieges zu tun haben, die älteren Frauen der Organisation. Heute, in Zeiten der Coronakrise und Quarantäne möchte Joventud ANFASEP den Frauen etwas zurückgeben und sie unterstützen.



Übergabe eines Lebensmittelpaketes in Ayacucho, Foto: Efrain Soto

Jetzt wo sie selber ihre Häuser nicht verlassen können und ihrer täglichen, meist informellen Arbeit nachgehen können.

Joventud ANFASEP entschied sich zuerst von ihren Mitgliedern und von ihren Freunden Geld einzusammeln (ca. 662 Euro). Es fand eine erste Aktion statt, wo Joventud ANFASEP zum Markt ging, Lebensmittel kaufte und diese zu den Frauen nach Hause brachte. Mit einem weiteren Spendenaufruf und einem Video (<https://www.youtube.com/watch?v=23Rr34ehaqE>) wurden weitere ca. 2588 Euro in Peru und 1800 Euro (Stand 05. 06.2020) gesammelt. Insgesamt wurden vom 6 April bis 12 Mai 2020 an 179 Frauen von ANFASEP Essenskörbe ausgeteilt. Auch für Juni ist eine weitere Aktion von Joventud ANFASEP geplant, mit dem noch übrigen Geld weitere Essenskörbe an die Frauen zu verteilen

Die Präsidentin von ANFASEP, Adelina García sagt: "Gerade jetzt sind unsere Frauen besonders ungeschützt und haben nichts zu essen. Es gibt Frauen, die ihre weiße Fahne aufgehängt haben, was bedeutet, dass sie dringend Hilfe benötigen. Wir fordern Alle auf, wie auch den Staat, besonders die Frauen zu unterstützen, die vom Staat bisher keine Hilfe bekommen haben".

Efrain Soto ist Kommunikationswissenschaftler und Mitglied von ANFASEP

Kerstin Kastenholz ist Mediatorin und Mitglied von Saywafilms

Weiterführende Artikel und Videos zu ANFASEP:

<http://www.infostelle-peru.de/web/zum-tod-von-mama-angelica-mendoza/>

<https://www.youtube.com/watch?v=xZE2QSqaYGo>

https://www.youtube.com/watch?v=Ditw_DG3fU

https://www.youtube.com/watch?v=D0dtYnBd_90

http://archivos.memoria.website/ANFASEP_HastaCuandoTuSilencio_Web.pdf

Spendenaufruf Freundeskreis Peru Amazonico: Coronahilfe Pucallpa

Bisher sind erfreulicherweise 8.595,- € an Spenden eingegangen (Stand 9.6.), davon wurden Mitte Mai 3.520 € an das Apost. Vikariat Pucallpa überwiesen. In einem Dankbrief vom 21.5. schreibt Pfarrer Lombardi, dass unsere Spende zum Kauf von 100 Sauerstoffflaschen und Schutzausrüstung beigetragen hat. Das Vikariat will sich nun auf die Versorgung bedürftiger Bevölkerung mit Lebensmitteln konzentrieren.

Durch direkte Kontakte der Initiatorin des Aufrufs, der Ärztin Gisenia Barrientos Obando, mit Freunden und früheren Kolleg*innen vor Ort wurden wir gebeten, mediz. Schutzausrüstung für Gesundheitseinrichtungen in kleineren Orten wie Aguaytia, Masisea etc. zu liefern, wo sie dringend gebraucht wird. In Aguaytia ist vor kurzem die Leiterin des Gesundheitsnetzwerks an Corona gestorben, in Masisea der Shipibo-Bürgermeister.

Unsere Partner in Peru haben Angebote für mediz. Schutzmasken etc. eingeholt und in diesen Tagen wird eine größere Menge gekauft. Da die Fallzahlen und auch Todesraten gerade im Gebiet Ucayali weiter zunehmen wird weiter dringend Schutzmaterial gebraucht – möglicherweise in Zukunft auch wieder Sauerstoff und Medikamente.



Verteilung Sauerstoffflaschen Pucallpa. Foto: via Eugen Bruder

Dafür brauchen wir weitere Unterstützung

– Empfänger: Freundeskreis Peru

Amazonico e.V., Spendenkonto: IBAN DE86 6206 2215 0020 7630 34, Stichwort: Corona/Pucallpa

– Herzlichen Dank

Eugen Bruder

Veranstaltungshinweis

2. Juli 2020 (19:00 – 20:30 Uhr)

Webinar: Was hat ein deutsches Lieferkettengesetz mit Peru zu tun?

Das Beispiel der Kupfermine Antapaccay

Welche verheerenden Folgen der Kupferabbau in Peru für Menschen und Umwelt hat, zeigen wir am Beispiel der Kupfermine Antapaccay. Die Initiative Lieferkettengesetz fordert: Unternehmen sollen verpflichtet werden, auch im Ausland Menschenrechte und Umweltstandards zu achten. Auch und gerade jetzt in der Krise der Covid-19-Pandemie. Wir erfahren im Webinar, wie das gehen soll, wie diese Forderung in Wirtschaft und Politik aufgenommen wird und was wir selbst dafür tun können.

Referentinnen:

Eva-Maria Reinwald, Südwind-Institut

Vanessa Schaeffer, Cooperación, Lima

Das Seminar findet in deutscher Sprache mit spanisch-deutscher Simultanübersetzung statt

Anmeldungen bis zum 1. Juli 2020 an info@infostelle-peru.de

Hier geht es zum Flyer [2020-06-03 isp webinar lieferkettengesetz flyer-entwurf-mit-bild-schwarze-schrift leonmze](#)

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.